

53. Sitzung (Sondersitzung)

Potsdam, Mittwoch, 27. Oktober 2021

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen der Präsidentin.....	2	Anlagen	
1. Aussprache des Landtages über die dramatisch wachsende illegale Migration im brandenburgischen Abschnitt der deutsch-polnischen Grenze und die Ablehnung von durchgehenden Grenzkontrollen durch Innenminister Michael Stübgen	2	Ergebnis der namentlichen Abstimmung.....	16
Beratungsgegenstand der AfD-Fraktion		Anwesenheitsliste.....	17
Entschließungsantrag der AfD-Fraktion		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind von der Rednerin oder vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
Drucksache 7/4420		Aufgrund der wegen der Coronakrise veränderten Bedingungen im Plenarsaal wurden Beifallsbekundungen und Zurufe nur bedingt aufgenommen.	
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)	2		
Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)	3		
Herr Abg. Hohloch (AfD) - Kurzintervention.....	4		
Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)	5		
Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)	5		
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)	6		
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD) - Kurzintervention.....	8		
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)	8		
Herr Abg. Stefke (BVB/FW).....	9		
Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE).....	11		
Minister des Innern und für Kommunales Stübgen	12		
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)	14		

Beginn der Sitzung: 08.00 Uhr

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Einen wunderschönen guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie zur 53. Sitzung des Landtages Brandenburg begrüßen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiere ich Sie über die Mitteilung des Landeswahlleiters, dass Frau Simona Koß mit Ablauf des 26. Oktober 2021 auf ihre Mitgliedschaft im Landtag Brandenburg verzichtet hat und Herr Sascha Philipp mit Wirkung vom 27. Oktober 2021 Mitglied des Landtages Brandenburg geworden ist. Herr Philipp gehört der SPD-Fraktion an.

Meine Damen und Herren, die heutige Sondersitzung des Landtages Brandenburg findet gemäß Artikel 64 Abs. 1 der Landesverfassung und § 17 Abs. 2 GOLT statt, und zwar auf Verlangen von 22 Mitgliedern der AfD-Fraktion zu dem Beratungsgegenstand „Aussprache des Landtages über die dramatisch wachsende illegale Migration im brandenburgischen Abschnitt der deutsch-polnischen Grenze und die Ablehnung von durchgehenden Grenzkontrollen durch Innenminister Michael Stübgen“.

Gibt es von Ihrer Seite Bemerkungen zur Tagesordnung? - Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer der Tagesordnung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen bitte! - Stimmenthaltungen? - Damit wurde die Tagesordnung einstimmig - ohne Enthaltungen - beschlossen.

Für die heutige Sitzung wurden die Abwesenheiten der Damen und Herren Abgeordneten Sabine Barthel, Ricarda Budke, Damus, Dannenberg, Galau, Görke, Hiekel, Kalbitz, Klemp, Kornmesser, Poschmann, Rüter, Schier, Prof. Dr. Schierack, Senftleben, von Gizycki und Wiese angezeigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf.

TOP 1: Aussprache des Landtages über die dramatisch wachsende illegale Migration im brandenburgischen Abschnitt der deutsch-polnischen Grenze und die Ablehnung von durchgehenden Grenzkontrollen durch Innenminister Michael Stübgen

Beratungsgegenstand
der AfD-Fraktion

Entschließungsantrag
der AfD-Fraktion

[Drucksache 7/4420](#)

Die Aussprache wird von Herrn Abgeordneten Dr. Berndt eröffnet. Er spricht für die AfD-Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Diese Woche erfuhren wir, dass knapp fünf Jahre nach dem islamistischen Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz ein 13. Todesopfer zu beklagen ist. Ich zitiere aus „rbb24“ vom 25. Oktober dieses Jahres:

„Bei dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz [...] war Sascha Hüsches als Ersthelfer im Einsatz. Dabei verletzte er sich so stark, dass er seither gepflegt werden musste. Anfang des Monats starb er im Alter von 49 Jahren.“

Sascha Hüsches, meine Damen und Herren, wurde Opfer des islamistischen Terroristen Anis Amri, der im Juli 2015 nach Deutschland kam, wo er mit mindestens 14 verschiedenen Identitäten unterwegs war.

Anis Amri ist nicht der einzige Gewalttäter und Terrorist aus Afrika und dem Nahen Osten mit ungezählten Identitäten. Sie alle stehen für ein wortwörtlich mörderisches Staatsversagen.

„Eine Situation wie im Jahre 2015 [...] darf sich nicht wiederholen, da alle Beteiligten aus dieser Situation gelernt haben“

So hieß es im Wahlprogramm der Partei, die den jetzigen brandenburgischen Innenminister stellt.

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, anscheinend haben allein die Migranten gelernt, und zwar, dass sich auch die illegale Einreise nach Deutschland bis heute lohnt. Dagegen haben die Regierenden und die sie tragenden Parteien im Bund und in den Bundesländern - auch in Brandenburg - erkennbar aus dem Jahr 2015 nichts gelernt.

So hat der brandenburgische Innenminister bereits im August verkündet, afghanische Ortskräfte dauerhaft aufzunehmen und dabei - Zitat - „aufwendige Bürokratie zu vermeiden“.

Was folgte, beschrieb „Bild“ am 5. September 2021 wie folgt:

„Ohne jede Überprüfung stürmten Menschen [...] die Transportmaschinen der Bundeswehr [...]. ‚Wer jung, männlich, kräftig und gewaltbereit war, hatte die besten Chancen, durchzukommen‘, [...].

[...] [Das Ergebnis]: In den Maschinen saßen zum größten Teil keine Ortskräfte [...]. Sondern vor allem die, die stark genug waren, bis zu den Flugzeugen zu kommen - unter ihnen auch schwerste Straftäter und Menschen, die aus Deutschland abgeschoben worden waren.“

(Zuruf)

Und dass Sie aus 2015 nichts gelernt haben - auch Sie, Herr Domres -, beweist die dramatische Entwicklung an der deutsch-polnischen Grenze. Laut Bundespolizei wurden von „Januar bis Juli 2021 26 unerlaubt eingereiste Personen mit einem Belarus-Bezug festgestellt“ - Zitatende. Hauptherkunftsländer waren der Irak, Syrien, Jemen und der Iran. Im August waren es 474, im September 1 903 und im Oktober bereits weit mehr als 4 000, allein in Brandenburg mehr als 2 300.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Lage ist brisant. Nur mit der Einführung temporärer Grenzkontrollen könne die Bundesregierung einen Kollaps an den Grenzen wie 2015 vermeiden, mahnt der Vorsitzende der Bundespolizeigewerkschaft. Doch der geschäftsführende Bundesinnenminister und Brandenburgs Innenminister lehnen Grenzkontrollen ab.

Was im August 2021 innerhalb einer Woche durchgesetzt wurde, um Urlaubsrückkehrer an den Grenzen zu kontrollieren, sei nun rechtlich fragwürdig. Stattdessen sollten die Migranten schneller innerhalb Deutschlands verteilt werden, um die Grenzregionen zu entlasten. - Sehr geehrte Damen und Herren, das legalisiert Unrecht, und das schafft Anreize für neues Unrecht.

Bereits am 14. Februar 2017 hatte das Oberlandesgericht Koblenz in einer Entscheidung eine unglaubliche Feststellung getroffen - ich zitiere -:

„Zwar hat sich der Betroffene durch seine unerlaubte Einreise in die Bundesrepublik [...] strafbar gemacht. [...] Die rechtsstaatliche Ordnung in der Bundesrepublik ist in diesem Bereich jedoch seit rund eineinhalb Jahren“

- also seit 2015 -

„außer Kraft gesetzt und die illegale Einreise ins Bundesgebiet wird momentan de facto nicht mehr strafrechtlich verfolgt.“

Sehr geehrte Damen und Herren, ein Staat, der keine vollständige Kontrolle über seine Grenzen hat, geht in unhaltbare Zustände über. Und ein Staat, der überhaupt keine Kontrolle über seine Grenzen hat, geht unter. Deshalb, sehr geehrter Herr Stübgen, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, hätten Sie, die Landesregierung oder zumindest die sie tragende Koalition, diese Sondersitzung des Landestages einberufen müssen, aber Sie lassen die illegale Migration nach Brandenburg, also nach Deutschland, einfach laufen! Angesichts Ihres fortgesetzten Versagens wäre es umso wichtiger gewesen, heute den polnischen Botschafter zu hören, aber Sie lassen es nicht zu und reden sich mit Formalitäten heraus. Die formalen Probleme hätte man im Kreis der Parlamentarischen Geschäftsführer lösen können. Es geht nicht um Formalitäten, es geht um politischen Willen!

Erst vor wenigen Wochen haben Sie alle hier die Absicht bekundet, freundschaftliche Beziehungen zu Polen in die brandenburgische Landesverfassung zu schreiben. Ihre Absicht ist nichts wert, wenn Sie bei der ersten Bewährungsprobe eines freundschaftlichen Umgangs mit Polen versagen!

Unsere Fraktion dankt der Republik Polen für die Verteidigung der EU-Außengrenzen, und in unserem Entschließungsantrag fordern wir das Land Brandenburg und die Bundesrepublik Deutschland auf, Polen bei der Sicherung seiner Grenzen zu Weißrussland nach Kräften zu unterstützen. Mit unserem Entschließungsantrag unterbreiten wir Vorschläge, auf die Migrationskrise des Jahres 2021 angemessen zu reagieren. Nun, sehr geehrte Damen und Herren, sind Sie an der Reihe. Wir warten auf Ihre Antworten.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Gossmann-Reetz. Bitte sehr.

Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD):*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Brandenburgerinnen und Brandenburger! Wer übererregt und ängstlich ist, kann keine guten Entscheidungen treffen. Angst wird psychologisch als unaufgelöste Furcht definiert, bei

der Ort und Ursache der Bedrohung undeutlich sind und die sich in ängstlichen Stimmungen und Vorahnungen äußert.

Furcht bezieht sich dagegen immer auf eine unmittelbar drohende Gefahr und Katastrophe, die konkrete Vermeidung oder Verteidigung möglich macht. Der emeritierte Berliner Politikprofessor Herfried Münkler äußerte sich in einem Interview vom vergangenen Donnerstag wie folgt:

„Angst ist fast immer eine dysfunktionale Reaktion. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Politik, Angst in Furcht zu verwandeln, also eine diffuse Disposition in ein gerichtetes Vorsichtsverhalten zu verwandeln, und das nicht nur bei den Spezialisten der Problembearbeitung, sondern auch in der breiten Bevölkerung. An die Stelle von Angst tritt dann Aufmerksamkeit und Vorbereitung.“

Dazu bedarf es einer trockenen Analyse: Was ist passiert? Wer ist dafür verantwortlich? Was ist das Ziel? Was sind die Folgen? Und was muss wer tun, um den Folgen zu begegnen und dies in Zukunft zu vermeiden?

Zu den Fakten: Ein Diktator wird mit Sanktionen belegt. Daraufhin schafft der Diktator die Visapflicht für sein Land ab, um Migranten in unser Nachbarland Polen zu schleusen. Die wollen wiederum nach Deutschland und kommen über die EU-Binnen-grenze nach Brandenburg. Dieser Diktator tut dies mit Unterstützung eines Autokraten, der die Europäische Union spalten und schwächen will.

Was ist jetzt also unsere Aufgabe als gewählte Repräsentanten des Landes Brandenburg? Artikel 55 der Landesverfassung gibt uns Abgeordneten das Recht, Gesetze für das Land Brandenburg und den Landeshaushalt zu beschließen, die Regierung zu kontrollieren, öffentliche Angelegenheiten zu behandeln, in bundes- und europapolitischen Fragen an der Willensbildung des Landes mitzuwirken. Und die Landesverfassung gibt uns noch weitere Leitplanken: Wir gestalten das Land Brandenburg in einem sich einigenden Europa. Wir streben die Zusammenarbeit mit anderen Völkern, insbesondere mit den polnischen Nachbarn an. Wir bekennen uns zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und zu den in der Europäischen Sozialcharta und den internationalen Menschenrechtspakten niedergelegten Grundrechten.

Zurück zu den Fakten: Ein Diktator schleust mit Billigung eines Autokraten Menschen illegal über die EU-Außengrenze, mit dem Ziel, unserem Nachbarland Polen als für die EU-Außengrenze Verantwortlichem Probleme zu bereiten - Menschen, die, von falschen Versprechungen angelockt, frierend, hungrig und durstend zwischen die politischen Fronten geschickt werden und deren Anwesenheit zu politischen Verwerfungen in Polen führen soll. Doch egal, wie hart die Sachauseinandersetzungen auf europäischer Ebene sind: Wir lassen unseren Nachbarn Polen in dieser Krise nicht allein! Denn wir sind der Zusammenarbeit und dem sich einigenden Europa verpflichtet. Wir lassen keine Menschen in unserem Land herumirren, frieren, hungern und dursten, denn wir sind der Menschenrechtskonvention verpflichtet. Wir weisen auch keine Menschen ab, die Asyl beantragen, denn wir sind der Flüchtlingskonvention als internationalem Menschenrechtspakt verpflichtet.

Und darum tun wir als Land alles dafür, dass die Provokationen des Diktators ins Leere laufen. Erstens: Die brandenburgische Polizei bestreift verstärkt das Grenzgebiet, um gemeinsam mit der Bundespolizei unsere polnischen Nachbarn beim Kampf ge-

gen Schlepper zu unterstützen, die für den Druck auf die polnische Außengrenze zu Belarus verantwortlich sind. Zweitens: Irregulär eingereiste Menschen werden zunächst in die ZABH gebracht, wo wir als Land ausreichend Kapazitäten schaffen, um die Menschen zu versorgen. Drittens: Wir reaktivieren Aufnahmekapazitäten, um die menschenwürdige Unterbringung sicherzustellen. Und viertens: Wir sorgen organisatorisch dafür, dass die Asylverfahren effizient und möglichst ohne Zeitverzögerung stattfinden können.

Das sind die Aufgaben, die wir zu erledigen haben, und unsere Landesregierung leistet diese - davon habe ich mich in Eisenhüttenstadt persönlich überzeugen können.

(Zuruf: Wo denn?)

Wir tun also das, was richtig ist: zielgerichtet den Teil des Problems lösen, für den wir als Land Brandenburg konkret verantwortlich sind, und unseren Nachbarn Polen solidarisch unterstützen. Und auch wir sind nicht allein: Der Bund unterstützt uns als Land, und die EU arbeitet an Lösungen für das ursprüngliche Problem.

Noch einmal zu den Fakten: Ein Diktator lässt mit Unterstützung eines Autokraten Menschen ohne Visum einfliegen, um sie dann in Richtung Polen zu schleusen, um Druck auf die EU auszuüben. Uns soll also international, innereuropäisch und national das Leben schwer gemacht werden. Und nichts gefiele diesen Machhabern mehr, als wenn wir vor Angst unsere eigenen Werte über Bord werfen und, anstatt an einer Lösung des Problems zu arbeiten, uns öffentlich selbstzerfleischen.

Die Frage ist also: Warum will die Antragstellerin möglichst früh und, anders als die Innenminister, nicht möglichst spät die Grenzen zu unseren Nachbarn schließen - wo das doch auch inner-europäisch und wirtschaftlich nur wenig Sinn ergibt bzw. sehr genau abgewogen werden muss? Schließlich haben wir schon erlebt, wie negativ die wirtschaftlichen Folgen für uns und unsere polnischen Nachbarn sein können. Warum diese heutige Sondersitzung, wo doch jeder weiß, dass Außenpolitik nicht Aufgabe des Landtags Brandenburg, sondern ausschließlich Bundesangelegenheit ist? Die Antwort findet sich ganz klar in einer umfangreichen Auswertung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung von Programmatik, Praxis und Personal in der Entwicklungspolitik der Antragstellerin. Diese sind demnach geprägt durch

„eine distanzgeminderte Russlandnähe mit einer Vielzahl von Kontakten zu staatlichen und dubiosen nicht-staatlichen Organisationen und Personen, Reisen mit ungeklärter Finanzierung, Auftritten in und Verbreitung von russischen Propagandamedien und expliziter Vertretung von Positionen russischer Außenpolitik. Bemerkenswert ist die durchgängige Unterstützung autoritärer und reaktionärer Regime, Politiker und Bewegungen, sei es in Russland, Brasilien, Südafrika oder Syrien.“

(Unruhe)

Die Antragstellerin arbeitet also bewusst gegen die EU, gegen die Interessen der Bundesrepublik und gegen die Verpflichtung, die uns unsere brandenburgische Verfassung vorgibt - so weit, so durchsichtig.

Ich möchte an dieser Stelle noch an den Satz erinnern, mit dem die Antragstellerin selbst ihre politische Strategie umrissen hat:

Je mehr Flüchtlinge kommen, umso besser für uns. - Ja, nun ist es wieder so weit: Endlich können Sie mit Ihrem alten Lieblingsthema wieder eine Sondersitzung gegen den Willen aller anderen Fraktionen erzwingen und versuchen, in der Öffentlichkeit Angst zu verbreiten. Aber davon werden wir uns nicht anstecken lassen, denn unsere Außenpolitik wird nicht in Moskau oder Minsk gemacht - und unsere brandenburgische Innenpolitik noch viel weniger.

(Zuruf)

Wir wissen, dass alle Verantwortlichen auf allen Ebenen - in Brandenburg, in Deutschland und in Europa - ohne großes Aufsehen besonnen und unaufgeregt zusammen daran arbeiten, die Ordnung und die Humanität zu wahren - also das genaue Gegenteil dessen, was die Antragstellerin will. - Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Es wurde eine Kurzintervention des Abgeordneten Hohloch angemeldet. Bitte sehr.

(Zuruf: Vorbereitet - das kommt ja sehr spontan!)

Herr Abg. Hohloch (AfD):*

Ich brauche das nicht vorzubereiten, keine Sorge.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Frau Gossmann-Reetz, das war mal wieder ein lächerliches kleines Schauspiel, was Sie hier abgeliefert haben - nichts anderes ist es, wenn Sie hier nach vorn gehen: Anstatt wirkliche Fakten zu bringen, bringen Sie Fake News; anstatt sich wirklich der Sache anzunehmen, moralisieren und emotionalisieren Sie die Debatte, obwohl diese Debatte mit Ernsthaftigkeit geführt werden müsste.

Ich möchte auch noch einmal sagen: Es gibt einen berechtigten Unterschied zwischen Furcht und Angst - und berechtigter Sorge. Die berechtigte Sorge um unser Land, die teilen wir hier, weil wir der Meinung sind, dass diese ungezügelter Masseneinwanderung diesem Land nicht guttut. Diese Meinung sollte von Ihnen eigentlich geteilt werden, meine Damen und Herren.

Es gibt übrigens auch - wie Sie wissen, wenn Sie den Antrag einmal richtig gelesen haben, Frau Gossmann-Reetz; das unterstelle ich Ihnen jetzt einfach mal - einen Unterschied zwischen Grenzschießung und Grenzkontrollen. Wir haben keine Grenzschießung gefordert; wir fordern durchgehende Grenzkontrollen. Die Grenzen geschlossen hat Ihre Regierung, als die sogenannte Coronapandemie ausgebrochen war.

Und anstatt sich heute in dieser Debatte wirklich einmal inhaltlich mit dem Thema und der Frage auseinanderzusetzen, was wir als Land nicht nur tun können, sondern tun wollen, Frau Gossmann-Reetz, schieben Sie die Schuld auf billigste Art und Weise auf den weißrussischen Diktator Lukaschenko - als wären wir in Deutschland politisch völlig kastriert und könnten uns nicht zur Wehr setzen, wenn jemand solch eine Außenpolitik verfolgt. Das, meine Damen und Herren, ist ein Armutszeugnis für diese Regierung und auch ein Armutszeugnis für die Bundesregierung, wenn ich das so sagen darf. Es ist nämlich nicht die Schuld des Herrn Lukaschenko, dass die Leute hier bei uns einreisen. Es ist der fehlende Wille dieser Landesregierung, etwas zu tun, um die

Grenzen zu schützen, um endlich einmal zu wissen: Wer reist in dieses Land ein und wer nicht?

Und wenn ich - das sage ich jetzt zum Schluss - immer wieder das Märchen von den armen Flüchtlingen, die hierherkommen, hören muss, sollten Sie sich vielleicht einmal Reportagen im „Morgenmagazin“ anhören. Da hat nämlich vor drei oder vier Tagen ein Flüchtling beschrieben, wie er hierherkam: mit dem Flugzeug nach Istanbul, mit dem Flugzeug weiter nach Minsk, dann mit dem Taxi zur weißrussischen Grenze.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Ich muss Sie jetzt doch bitten, zum Schluss zu kommen.

Herr Abg. Hohloch (AfD):*

Und dann hat er sich den Grenzzaun aufschneiden lassen. Das sind die Flüchtlinge, die Sie ins Land holen, meine Damen und Herren. Das sind keine Flüchtlinge, und gegen die setzen wir uns zur Wehr. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete Gossmann-Reetz, Sie haben das Wort, um auf die Kurzintervention zu reagieren. Bitte schön.

Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD):*

Danke schön, Frau Präsidentin. - Herr Hohloch, was Sie hier loslassen, ist genauso unerträglich wie das, was ich vorhin beschrieben habe. Es geht Ihnen nur darum, dieses Parlament lahmzulegen und die Regierung zu blockieren. Sie haben nicht richtig zugehört, und das zeigt es auch wieder: Sie beantragen hier eine Sitzung zu Angelegenheiten, für die wir überhaupt nicht zuständig sind. Nein, Sie wollen, dass die Abgeordneten, die diese Woche ihre Klausuren haben, hier anreisen; Sie wollen die Landesregierung blockieren, die im Moment genügend zu tun hat. Das ist Ressourcenverschwendung und Missachtung des Parlaments wie eh und je. Das ist nichts Neues, und zum Glück begreifen das die Wähler auch immer mehr.

(Zuruf)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Wir setzen die Debatte fort, und als Nächste hat Frau Abgeordnete Johlige das Wort. Sie spricht für die Fraktion DIE LINKE.

(Hünich [AfD]: Wir halten also fest: Die SPD hält die Parlamentssitzung für sinnlos! - Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir wollen jetzt Frau Johlige

(Zuruf: Sinnlos!)

hören. - Bitte schön.

Frau Abg. Johlige (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war erwartbar, dass die AfD die aktuelle Situation an der Grenze zu Polen für ihre Zwecke zu missbrauchen versucht.

(Zuruf)

Dass Ihnen dazu nicht mehr einfällt, als die Grenzen dicht zu machen, zeigt Ihren begrenzten Horizont, und es zeigt auch, dass Sie nicht verstanden haben, wie Fluchtbewegungen funktionieren. Mehr Grenzkontrollen an einer EU-Binnengrenze werden Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und Tod flüchten,

(Zuruf: Oh!)

nicht aufhalten.

Meine Damen und Herren, genau davor flüchten diese Menschen, und an diesen Fluchtgründen haben wir, haben Deutschland, Europa und die westliche Welt einen nicht geringen Anteil. Das sollten wir uns immer wieder vor Augen führen, wenn wir über Flucht reden.

Man muss auch sagen: Diese Fluchtbewegung gäbe es nicht, wenn es sichere und legale Fluchtwege gäbe. Diese verwehrt die EU Flüchtenden seit vielen Jahren, und natürlich würde ein Fluchtweg, auf dem die Flüchtenden nicht Gefahr laufen, in der Wüste zu verdursten oder im Mittelmeer zu ertrinken, auch genutzt werden.

Ja, die Europäische Union hat sich mit dieser Politik der Abschottung erpressbar gemacht und mit dem schmutzigen Flüchtlingsdeal mit der Türkei den Präzedenzfall geschaffen. Natürlich kann man jetzt Belarus vorwerfen, die EU zu erpressen; diese Kritik ist auch richtig. Dass es aber überhaupt dazu kommen konnte, haben die EU und auch die Bundesregierung selbst zu verantworten.

(Zuruf: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt ist mir in dem Zusammenhang wichtig: die Rolle Polens. Wir erleben gerade eine humanitäre Katastrophe im Grenzgebiet von Belarus und Polen. Im Grenzstreifen müssen Menschen teils seit Wochen ohne Nahrung und Schutz bei Kälte ausharren. Dass die polnischen Behörden diese Menschen, die Asyl in der EU begehren, nach Belarus zurückschieben, ist humanitär verwerflich und - nebenbei - auch illegal.

Es geht aber um mehr: Wenn Asylsuchende keinen Asylantrag stellen dürfen und ohne Verfahren aus der EU zurückgeprügelt werden, gibt es in der EU keinen Flüchtlingsschutz mehr. Meine Damen und Herren, ich erwarte, dass der Ministerpräsident, der ja auch Polenbeauftragter der Bundesregierung ist, hier im Sinne der Schutz suchenden Menschen aktiv wird. Reden Sie mit der polnischen Regierung und setzen Sie sich für Menschenwürde ein! Um nichts weniger geht es dabei.

Meine Damen und Herren, wir können davon ausgehen, dass dieser Fluchtweg nicht so schnell geschlossen wird. Wir können hier lange über die Frage von Grenzkontrollen diskutieren. Ich halte das für eine Scheindebatte. Die Grenze zwischen Deutschland und Polen ist lang, und es gibt aus guten Gründen keine Grenzsicherungsanlagen. Wenn man an den offenen Grenzen innerhalb der Europäischen Union festhalten will - und für meine Fraktion kann ich sagen, wir wollen das -, wird diese Grenze auch dann durchlässig sein, wenn noch mehr Bundespolizei stationiert wird und es noch mehr Kontrollen gibt. Das hat man im Übrigen auch in Bayern gesehen, wo es diese Debatte ja auch schon einmal gab. Deshalb sollten wir uns stattdessen um die Dinge kümmern, die wir tatsächlich ändern können.

Da bin ich beim Umgang der Landesregierung mit der aktuellen Situation. Man kann, wenn mehr Geflüchtete nach Brandenburg kommen, darauf auf verschiedene Weisen reagieren. Man kann darauf reagieren, indem man der Bevölkerung Sicherheit gibt, sie beruhigt und ihr signalisiert: Wir bekommen das hin.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Abg. Johlige (DIE LINKE):

Nein.

Genau diesen Weg ist Angela Merkel 2015 gegangen, in einer viel schwierigeren Situation und mit um ein Vielfaches höheren Flüchtlingszahlen. Und wir können heute sagen: Wir haben das geschafft. Wir haben die Menschen nicht nur gut aufgenommen und versorgt, wir haben auch gute Integrationsbedingungen geschaffen, und viele derjenigen, die 2015 zu uns gekommen sind, sind heute in Ausbildung oder Arbeit und konnten sich eine Lebensperspektive in Deutschland erarbeiten.

Man kann auf diese Situation - und das tut die Landesregierung derzeit leider - aber auch mit Angst reagieren. Der Brandenburger Innenminister war der erste in Deutschland, der von hybrider Kriegsführung gesprochen hat. Hybride Kriegsführung! Über diese Formulierung sollten wir kurz nachdenken. Das assoziiert Krieg. Wir sind nicht im Krieg. Dennoch wird diese Assoziation geweckt, ohne Not. Noch schlimmer aber: Wenn schutzsuchende Menschen als Waffen in der hybriden Kriegsführung brandmarkt werden, entmenslicht das und rechtfertigt Notstand und außergewöhnliche Maßnahmen. Wer als verantwortlicher Politiker solche Formulierungen verwendet, schafft Angst und Verunsicherung. Und wer Krieg heraufbeschwört, liefert der AfD die Stichworte und muss sich auch nicht wundern, wenn Nazis glauben, dass sie zu Selbstjustiz greifen müssen, um diese vermeintliche Bedrohung zu bekämpfen.

Auch, dass Herr Stübgen herbeigeredet hat, dass die Ausländerbehörden überfordert seien - wie 2015 -, schafft Verunsicherung, und es ist einfach falsch. Ja, die Verteilung der Geflüchteten auf andere Bundesländer muss besser organisiert werden. Und ja, die Kommunen werden wieder mehr Geflüchtete aufnehmen müssen. Aber von einer Überforderung sind die Ausländerbehörden oder die Kommunen sehr weit entfernt, und die Situation ist eben nicht mit der von 2015 vergleichbar. Wer so agiert, der will, dass die Bevölkerung verunsichert wird; der spielt mit Ängsten, und genau das ist verantwortungslos.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung versagt aber noch an einem anderen Punkt: Sie setzt den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufs Spiel. Bei der Fluchtbewegung im Jahr 2015 hat die rot-rote Koalition mehrfach bekräftigt, dass keine soziale Leistung gekürzt wird, um die Kosten für die Flüchtlingsaufnahme zu tragen. Und das war wichtig für den Zusammenhalt im Land und auch, um der Bevölkerung in einer Zeit großer Verunsicherung Sicherheit zu geben.

Die jetzige Landesregierung agiert anders. Mit dem vorgelegten Landeshaushalt schafft sie massive Verunsicherung, indem sie die Axt an das soziale Brandenburg legt, indem sie bei den Schulkrankenschwestern, bei den Familienverbänden, im Bereich Pflege und bei weiteren sozialen Leistungen kürzt. Das, meine Damen und Herren, ist der falsche Weg, und das spaltet, wo wir Zusammenhalt brauchen.

Das gilt übrigens auch für die Einsparungen bei der Integration. Die Kommunen werden wieder mehr Geflüchtete aufnehmen müssen. 2015 und 2016 haben wir diese Situation nur bewältigt, weil alle Hand in Hand gegangen sind: Land, Kommunen, Träger und Ehrenamtliche haben gemeinsam agiert. Aber jetzt, wo absehbar ist, dass die Kommunen wieder Kapazitäten für die Unterbringung aufbauen müssen, senden Sie als Koalition das Signal: Mit den Folgekosten, also den Kosten für Integration, lassen wir euch alleine. - Den Trägern senden Sie das Signal: Danke, aber wir zerschlagen die von euch aufgebauten Strukturen und brauchen eure Arbeit nicht mehr. - Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalition: Das ist der falsche Weg, und so werden wir die neue Herausforderung nicht bewältigen. Insofern agiert diese Koalition gerade fahrlässig und kurzfristig.

Meine Damen und Herren, Sie gehen ja jetzt alle in Klausur, und da habe ich eine Bitte: Wagen Sie mehr Merkel und weniger Stübgen! Sorgen Sie dafür, dass der Zusammenhalt in diesem Land gestärkt wird und uns auch durch diese neue Herausforderung trägt! - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Der Abgeordnete Dr. Redmann hat jetzt für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte sehr.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Berndt, ich fand Ihre Rede einigermaßen bemerkenswert. Sie haben es geschafft, acht Minuten lang über alles Mögliche zu reden, aber die eigentliche Ursache für diese Flüchtlingsbewegung komplett zu verschweigen, sie auszublenden.

Die Ursache ist ein Diktator in Weißrussland, der auf dem Rücken von Menschen, die sich ein besseres Leben wünschen, sich in Not befinden, versucht, seine Interessen durchzusetzen und die Europäische Union zu destabilisieren; das ist die Ursache. Und das macht er mit ziemlich perfiden Mitteln, indem dort Visa in großem Stil ausgegeben werden. Er versucht auch, Gelder einzunehmen, sich als Schleuser zu betätigen. Er spiegelt falsche Tatsachen vor, indem er den Eindruck erweckt, dass alle, die jetzt über Minsk kommen, direkt den Weg nach Deutschland fänden. Er nutzt das Leid dieser Menschen, um seine politischen Interessen durchzusetzen, ja, um der Europäischen Union zu schaden. Und, Frau Johlige, was ist das, wenn nicht hybride Kriegsführung? Die Opfer sind in allererster Linie die Flüchtlinge, die zum Objekt eines Diktators in Weißrussland werden. Und deshalb finde ich es richtig, dass Michael Stübgen das so deutlich ausgesprochen hat, meine Damen und Herren.

Ihre Aktuelle Stunde hier heute Morgen ist auch alles andere als notwendig. Mich wundert eigentlich, dass Sie erst so spät aufgewacht sind. Michael Stübgen hat schon in der letzten Landtagsitzung auf die Situation an der deutsch-polnischen Grenze hingewiesen. Und ich bin ihm außerordentlich dankbar, dass er einer der Ersten in Deutschland war, die überhaupt auf diese dynamische Entwicklung aufmerksam gemacht haben. Als man in Berlin und anderen Ländern und vielleicht auch in Brüssel die Situation noch unterschätzt hat, war es Michael Stübgen, der auf den dynamischen Anstieg, den wir schon seit August und September zu verzeichnen hatten, hingewiesen hat. Und er hat nicht nur darauf hingewiesen, sondern unser Land auch darauf vorbereitet: Er hat Eisenhüttenstadt darauf vorbereitet, damit wir die Menschen unterbringen können, er hat aber auch die Polizei da-

rauf vorbereitet, damit im Grenzgebiet intensiver kontrolliert werden konnte und Schlepper verstärkt aufgegriffen werden konnten. Und es war richtig, dass er hier so vorgegangen ist.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Bitte.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Freiherr von Lützow, bitte.

Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD):*

Vielen Dank, Herr Redmann, ich habe ja schon gar nicht mehr damit gerechnet. - Sie haben ja gerade eine Lobeshymne auf den Innenminister ...

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Stellen Sie bitte eine Frage!

Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD):*

Ja, ja, ich komme zu meiner Frage, aber ich habe auch ein wenig Zeit, um in die Frage einzuführen.

Ich habe ja nach der Lobeshymne auf den Innenminister nicht mehr damit gerechnet, dass ich überhaupt noch drankomme. Sie haben gerade den Innenminister dafür gelobt, dass er das als einer der Ersten angesprochen hat. Warum hat er dann mit seinem Ministerium genau die TOPs, in denen das behandelt werden sollte, aus der Öffentlichkeit herausziehen lassen und es im nichtöffentlichen Bereich behandelt, als es um straffällige Täter ging, die wieder hier sind, die nicht mehr abschiebbar sind, und all solche Sachen in dieser Situation? Das wäre jetzt einmal eine Frage, die Sie beantworten könnten, wenn Sie ehrlich zu sich selbst und bezüglich Ihrer Politik wären. - Danke.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Dr. Redmann, bitte.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Herr Abgeordneter, ich bin jetzt nicht in der Position, Ihnen unsere Geschäftsordnung im Landtag irgendwie erklären zu müssen; da können Sie vielleicht bei Ihrem Parlamentarischen Geschäftsführer nachfragen. Aber wenn Tagesordnungspunkte im nichtöffentlichen Teil behandelt werden, dient das in erster Linie dazu, den Abgeordneten ausführlicher Auskünfte geben zu können, weil man auf bestimmte, zum Beispiel personenbezogene, Daten nicht Rücksicht nehmen muss und Ross und Reiter nennen kann. Dass Ihnen das nicht reicht, weil es Ihnen eigentlich gar nicht um Auskünfte geht, sondern Sie Propaganda machen, öffentlich auf den Sack hauen wollen und Ihnen die inhaltliche Lösung der Probleme ziemlich egal ist, ist Ihr Problem und das

Problem der AfD-Fraktion und der Arbeit dieser Fraktion insgesamt, aber nicht des Landtages.

Meine Damen und Herren! 2015 darf sich nicht wiederholen, das ist ein Punkt aus unserem Wahlprogramm und dazu steht die CDU-Fraktion auch. 2015 wiederholt sich gerade auch nicht: Erstens besteht zwischen den Zahlen von 2015 und jenen der Gegenwart ein ziemlicher Wesensunterschied.

Zweitens: Was ist eigentlich die Lehre aus 2015? Die Lehre aus 2015 ist doch nicht die Schließung aller Binnengrenzen in Europa, die Aussetzung des Schengenabkommens.

(Zuruf: Doch!)

Die Situation im Jahr 2015 ist im Ergebnis in dem Moment geordnet und gesteuert worden, in dem Ordnung an den EU-Außergrenzen eingetreten ist. Und genau das ist doch das Ziel, das wir auch hier verfolgen, und zwar gemeinsam mit unseren polnischen Partnern.

Und da will ich einmal einen Punkt zum polnischen Botschafter sagen. Ehrlich gesagt: Ich hätte mir gewünscht, dass der polnische Botschafter heute hier spricht. Aber das ist mit der parlamentarischen Tradition nicht vereinbar; in einer Plenardebatte reden Abgeordnete oder Mitglieder der Regierung und niemand anders. Ich habe aber im Gegensatz zu Ihnen in dieser Woche mit dem polnischen Botschafter telefoniert, mich bei ihm informiert. Und was die Polen - das will ich Ihnen einmal ganz offen sagen - sich am allerwenigsten wünschen, ist, dass der Grenzverkehr zwischen Deutschland und Polen blockiert wird, dort lange Staus entstehen, dass die wirtschaftlichen Zusammenhänge gestört werden, dass die Pendler nicht mehr über die Grenze kommen, dass erhebliche wirtschaftliche Schäden eintreten.

Im Gegenteil: Was sich die Polen wünschen, ist, dass wir an ihrer Seite stehen, sie unterstützen, auch bei der Aufgabe, die sie gerade im Grenzgebiet zu Weißrussland haben. Es ist durchaus eine schwierige Aufgabe - das will ich ganz offen sagen -, und ich finde, dass die Polen diese Aufgabe - anders, als es manch anderes Land mit einer EU-Außengrenze in der Vergangenheit getan hat - sehr ernst nehmen und sie auch engagiert angehen. Ich finde es richtig, dass wir dort an der Seite der Polen stehen. Sie haben es heute an keiner Stelle geschafft, deutlich zu machen, dass Sie die Interessen der Polen im Blick haben. Die Polen wünschen sich wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland, sie wünschen sich, dass die Grenze durchlässig bleibt. Und damit die Grenze durchlässig bleibt, schützen sie die EU-Außengrenze - und das ist richtig.

Sie verschweigen, wer hier die Ursache für diese Flüchtlingsbewegung gesetzt hat. Und indem Sie verschweigen, wer hier gerade versucht, Deutschland zu destabilisieren, wer versucht, die EU zu destabilisieren, spielen Sie das Spiel der Feinde Deutschlands. Sie sind alles andere als Patrioten.

(Zurufe)

Sie machen gemeinsame Sache mit den Gegnern unseres Vaterlandes - und dafür sollten Sie sich schämen!

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Sehr gerne.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter Hohloch, bitte.

Herr Abg. Hohloch (AfD):*

Vielen Dank, Herr Dr. Redmann, für das Zulassen der Frage. - Sie haben jetzt mehrfach betont, dass Sie sich für die Unterstützung Polens auf allen Ebenen aussprechen, und Sie sprechen ja auch für Ihre Fraktion und Ihre Partei. Deswegen meine Frage: Ist Ihnen bewusst, dass gerade auf EU-Ebene die Präsidentin des Parlaments und vor allem auch die CDU im Parlament die Auszahlung von Frontex-Geldern nicht unterstützen - dort werden 35 Millionen Euro zurückgehalten - und man stattdessen Grenzbeobachter einsetzen möchte? Das klingt für mich nicht nach einer Unterstützung der polnischen Grenzsicherungsmaßnahmen.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Es handelt sich um eine EU-Außengrenze. Wir sind bemüht, überall an den EU-Außengrenzen, egal ob im Süden, Norden, Osten oder Westen, einheitliche Standards zu realisieren. Dafür ist die EU zuständig, dafür ist auch Frontex zuständig, und ich begreife Frontex an der Stelle auch als eine Unterstützung Polens. Ich nehme auch die Zusammenarbeit Polens mit der Europäischen Union in dieser Weise wahr und finde es wichtig, dass wir uns um gemeinsame Standards bemühen.

Sie geben mir mit Ihrer Zwischenfrage aber auch die Gelegenheit zu sagen, dass ich durchaus begrüße, dass der polnische Präsident vor Kurzem angekündigt hat, einen Hilfskonvoi ins Grenzgebiet zu schicken, um zur Versorgung derjenigen beizutragen, die von Lukaschenko ins Grenzgebiet, ins Niemandsland getrieben wurden. Auch das, finde ich, ist ein wichtiges Signal, dass es hier nicht nur um Abschottung, sondern auch um Humanität geht, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich abschließend noch ein Wort zur Integration sagen. Natürlich - darauf hat die Kollegin Johlige hingewiesen - stellt die steigende Zahl der Flüchtlinge auch uns vor besondere Herausforderungen, was die Unterbringung, aber auch, was die Integration derjenigen angeht, die hier im Lande bleiben sollten. Ich finde es richtig, dass wir uns angesichts dieser Situation auch im Rahmen unserer Haushaltsklausuren, die in dieser Woche anstehen, die Ansätze hierfür noch einmal anschauen. Es ist ganz normal, dass man zu jedem Zeitpunkt die vorliegenden Haushaltsansätze mit der Lage abgleicht und kontrolliert, ob sie noch genauso ist wie zu dem Zeitpunkt, als der Haushaltsentwurf erstellt wurde. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren! Und Sie können sich durchaus sicher sein, dass die Regierungskoalition hier ihre Aufgabe erledigen wird. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, von Herrn Abgeordneten Dr. Berndt wurde eine Kurzintervention angemeldet.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Kollege Redmann, es ist ja ein netter Versuch, uns mit „Guten Morgen!“ zu begrüßen, aber Sie können die Fakten nicht wegre-den. Wir haben die Sondersitzung beantragt und Sie versuchen, dieses Thema zu umgehen. Wir haben das verhindert.

Sie irren sich, Herr Redmann - ich weiß nicht, ob unbewusst oder bewusst -, wenn Sie unterstellen, dass Lukaschenko die Ursache des Problems sei; da hat übrigens Frau Johlige gar nicht so Unrecht und auch Herr Hohloch hat darauf hingewiesen. Wir wissen doch alle: Seit neun Jahren beantragen mehr als 100 000 Menschen pro Jahr in Deutschland Asyl, davon allein im Jahr 2015 fast eine Million. Was hat das mit Lukaschenko zu tun? Nichts! Es hat sehr viel damit zu tun, dass wir falsche Anreize setzen, und - Herr Hohloch hat es auch gesagt - es ist ja kein Zufall, dass die Migranten nach Deutschland, Österreich und Schweden wollen, weil wir eben die Länder mit den größten Anreizen sind. Nicht die Ärmsten und Elenden kommen, sondern die, die es sich leisten können und die kräftig genug sind. Denken Sie an den „Bild“-Artikel!

Herr Redmann, es ist geradezu eine Unverschämtheit, wenn Sie sagen, wir hätten Polen bei unserem Entschließungsantrag nicht im Blick. Sie haben den Entschließungsantrag bestimmt gelesen. Dann wissen Sie doch, dass zu den zentralen Forderungen unseres Antrags gehört, Polen zu unterstützen. Ich lese es Ihnen und allen, die ihn vielleicht nicht gelesen haben, noch einmal vor:

„[Wir fordern] die Landesregierung auf, sich [...] [beim] Bund dafür stark zu machen, Polen bei der Sicherung der EU-Außengrenze zu Weißrussland zu unterstützen.“

Übrigens fordern wir - dafür erwarte ich auch Ihre Zustimmung, also die der CDU -, unverzüglich eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, um eine gesetzliche Regelung nach dem Vorbild der Republik Polen zu schaffen, die unter Beachtung von Artikel 16 Grundgesetz die Bearbeitung von Asylanträgen bei illegalem Grenzübertritt untersagt. Das sollten wir tun, das wäre gelebte Solidarität mit Polen.

Im Übrigen freue ich mich, dass Sie das Wort „Vaterland“ so mühelos über die Lippen gebracht haben. Das lässt für unseren Antrag Gutes erwarten. - Besten Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Ich gehe davon aus, dass der Abgeordnete Dr. Redmann auf diese Kurzintervention reagieren möchte. - Bitte sehr.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Herr Kollege Berndt, ich habe manchmal den Eindruck, dass Sie bei all Ihrer Liebe zu Weißrussland und Russland die Liebe zu Ihrem Vaterland vergessen.

(Lachen und Zurufe)

Ich benutze gern noch einmal das Wort „Vaterland“, wenn Sie es so gerne hören. Ich wünschte mir nur, dass Sie die Interessen

unseres deutschen Vaterlandes stärker und nicht die Destabilisierung Deutschlands im Blick hätten und nicht versuchten, dieses Land an allen Ecken und Enden zu schwächen!

(Zurufe)

Sie wollen ein schwaches Deutschland, Sie wollen Chaos in diesem Land! Das ist Ihr Ziel! Sie wollen nicht, dass es diesem Land gut geht - so ist die Wahrheit!

(Zurufe und Unruhe)

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, ich darf Sie wieder um Ruhe bitten. Aufregung mag mal sein, aber jetzt ist gut, und jetzt ist Herr Dr. Redmann dran. - Bitte.

Herr Abg. Dr. Redmann (CDU):

Meine Damen und Herren, dass sich zahlreiche Menschen in Europa ein besseres Leben erhoffen und dabei vor allem Deutschland, die Niederlande, auch die skandinavischen Länder im Blick haben, liegt in allererster Linie daran, dass die Lebensbedingungen in diesen Ländern, in unserem Land, sehr ordentlich sind. Dass die Menschen herkommen wollen, liegt daran, dass sie sich natürlich auch ein besseres Leben, eine liberale Gesellschaft erhoffen, und daran, dass sie sich erhoffen, hier auch aufgenommen zu werden und eine bessere Zukunft zu haben. Dass diese Hoffnung existiert, ist doch legitim und in gewisser Weise auch Ausweis der doch relativ guten Lebensbedingungen, die wir hier in unserem Land haben - im Gegensatz zu dem, was Sie ansonsten immer so darstellen.

Aber natürlich können wir nicht jeden nach Deutschland, also nach Europa, lassen - das ist doch völlig klar. Dafür gibt es auch ein Ausländerrecht, dafür gibt es von uns auch den Willen zur Unterscheidung zwischen denen, die einen Anspruch auf Schutz haben, und denen, die ihn nicht haben. Und wir wollen diese Unterscheidung an der EU-Außengrenze durchsetzen; das ist das System, das wir in der Europäischen Union haben. In Polen muss die Erstregistrierung erfolgen, und wer sich nicht erstregistrieren will, der kann auch nicht in die EU einreisen. Das Land, in dem man Schutz bekommt, kann man sich in der EU nicht aussuchen - so muss es bleiben, und das müssen wir auch noch stärker durchsetzen.

Wenn ich von polnischen Interessen rede, dann habe ich deutlich gemacht, dass der Schutz der EU-Außengrenze etwas ist, was die Polen gerade sehr engagiert betreiben, und dass sie da auch Unterstützung verdient haben. Es ist aber nicht im polnischen Interesse, den Grenzverkehr zwischen Deutschland und Polen zu behindern. Es ist ausdrücklich nicht im polnischen Interesse, hier für Staus zu sorgen, Pendler zu behindern, Produktionen lahmzulegen, den Unternehmen zu schaden.

(Zurufe)

Und wenn wir den Polen am Ende als Dank dafür, dass sie die EU-Außengrenze entsprechend ihrer vertraglichen Verpflichtung schützen, mit Ihrem Vorschlag in den Rücken fallen, indem wir die Grenze zwischen Deutschland und Polen dichtmachen und faktisch den Verkehr behindern

(Zurufe)

- Sie können sich wieder hinsetzen, Zwischenfragen gibt es nicht bei Kurzinterventionen; das sollten Sie schon gelernt haben -, dann nutzt das am Ende weder den Polen noch uns! - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Debatte mit dem Redebeitrag des Abgeordneten Stefke fort. Er spricht für die BVB / FREIE WÄHLER Fraktion. Bitte schön.

Herr Abg. Stefke (BVB/FW):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen! Ein aktuelles und drängendes politisches Thema auf die Tagesordnung des Landtages zu setzen und dafür bei Bedarf auch eine Sondersitzung zu beantragen, ist grundsätzlich nicht zu beanstanden.

(Zuruf: Danke!)

Anders verhält es sich mit der Begleitmusik - warten Sie es ab -, die von der antragstellenden Fraktion bereits im Vorfeld dieser Sondersitzung und soeben in Herrn Dr. Berndts Redebeitrag angestimmt wurde. - Diesen Satz konnte ich bereits am Freitag vergangener Woche beim Verfassen dieser Rede in mein Manuskript aufnehmen, da Sie ziemlich ausrechenbar sind, zumindest was dieses Thema anbelangt.

Die tatsächlich besorgniserregenden Entwicklungen an der deutsch-polnischen Grenze, auch in Brandenburg, nutzen Sie als Steilvorlage, um an die Zeiten von 2015 und danach in eigener Sache anzuknüpfen. Die Situation damals verschaffte Ihnen eine große mediale Aufmerksamkeit und in der Folge einen Stimmenzuwachs, der es Ihnen ermöglichte, in viele Landtage und 2017 sogar erstmals in den Deutschen Bundestag einzuziehen. Ihnen wurde in den Länderparlamenten und im Bundestag damit eine Chance auf politische Mitgestaltung gegeben, die aber auch Verantwortung für unser Gemeinwesen bedeutet - Verantwortung im Sinne eines gebührenden parlamentarischen Auftritts, aber vor allem auch hinsichtlich der aktiven Mitwirkung in den Parlamenten an der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen. Dazu zählen nicht nur diejenigen, die hier dauerhaft mit einem deutschen Personalausweis oder Pass leben. Nein, dazu zählen auch die Menschen, die zu uns kommen, weil sie von dem Recht Gebrauch machen, das wir ihnen in unserem Grundgesetz zubilligen: das Recht auf Asyl, wenn sie politisch verfolgt werden.

Sinnvolle Anträge von Ihnen, vor allem Anträge, die die geltende Rechtslage berücksichtigen, sind diesbezüglich weder auf Landes- noch auf Bundesebene bekannt. Stattdessen ist Ihr politisches Geschäftsmodell das des verbalen Krawalls, das der reißerischen Schlagworte à la „Vogelschiss“, als den Sie zwölf schlimme Jahre nationalsozialistischer Gewaltherrschaft herunterspielen, oder des farbigen Nachbarn, neben dem Sie nicht wohnen wollen, dem Sie aber sehr wohl zujubeln, wenn er für die deutsche Fußballnationalmannschaft Tore schießt.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie Zwischenfragen?

Herr Abg. Stefke (BVB/FW):

Ja, gerne.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Dann Herr Freiherr von Lützow und anschließend Herr Dr. Berndt. Bitte schön.

Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD):*

Herr Stefke, erst einmal danke für Ihren danebenliegenden Beitrag - denn es geht hier nicht um die Thematik.

Meine Frage: Sie als Freie Wähler sind ja nun auch relativ neu im Parlament, und Sie merken, Oppositionsarbeit ist nicht immer ganz einfach. Aber wo sind denn in Ihrer Rede die konkreten Themen, wie Sie sich da einbringen wollen, um das zu stärken? Das habe ich vermisst. Oder kommt das noch?

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Abgeordneter, wir nehmen beide Fragen zusammen. - Dann bitte gleich Herr Dr. Berndt.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Herr Kollege Stefke, können Sie mir und dem Parlament sagen, wie viele der Menschen, die Asyl in Deutschland beantragen, politisches Asyl erhalten? Wie viel Prozent der Antragsteller erhalten politisches Asyl?

Herr Abg. Stefke (BVB/FW):

Also, die erste Antwort an Herrn Freiherr von Lützow: Ich habe noch 5,35 Minuten Redezeit. Warten Sie es ab. Es kommt noch was, auch für Sie.

Und an Herrn Dr. Berndt: Ich bin nicht das wandelnde statistische Landesamt. Aber wir können das im Innenausschuss gerne auch einmal auf die Tagesordnung setzen.

Ich fahre fort. Fazit: Sie haben Ihre Chance auf politische Mitwirkung nicht nur nicht genutzt, Sie haben sie verwirkt. Zwischenzeitlich haben Sie von Flüchtlingskrise auf Coronakrise umgeschaltet, erwartungsgemäß mit dem gleichen Anstrich, der gleichen lautstarken, martialisch anmutenden Tonalität. Jetzt, bei der bevorstehenden Nichtverlängerung der Feststellung der sogenannten epidemischen Lage durch den Deutschen Bundestag, switchen Sie wieder auf die Flüchtlingskrise.

Da kommt Ihnen die Lage an der deutsch-polnischen Grenze zu pass, und Sie nutzen sie wieder einmal auf inakzeptable Art und Weise zur Ansprache Ihrer Anhänger oder angesichts sinkender Umfragewerte zur Neuwahlergewinnung aus. Anders kann die Forderung Ihrer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Frau Bessin, die Flüchtlinge unverzüglich in Haft zu nehmen, nicht gedeutet werden. Eine Lösung haben Sie jedoch nicht parat, jedenfalls keine, die rechtsstaatlichen und humanitären Grundsätzen standhält und die außenpolitische Dimension dieser Krise erkennt, geschweige denn berücksichtigt, denn eine Lösung liegt nicht allein in den Händen Brandenburgs.

Wie ist nun die Situation? Seit Beginn dieses Jahres ist eine erhöhte Zahl von illegalen Grenzübertritten an unserer Landesgrenze festzustellen, allein in diesem Monat von fast 2 000 Personen. Die Ursache ist nach übereinstimmenden Aussagen von Innenminister Stübgen und Bundesinnenminister Seehofer, dass diese Menschen über Schleuserringe nach Belarus, von dort nach Polen und dann nach Brandenburg gelangen - nicht allein nach Brandenburg, auch nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, aber hauptsächlich nach Brandenburg.

Eine schnelle Lösung zur Bewältigung gibt es nicht und ist deshalb schwierig, weil die Ursachen nicht nur in der EU, sondern auch außerhalb, unter anderem in der Türkei und in Russland, zu finden sind, denn aus diesen beiden Ländern erlaubt Belarus Einreisen ohne Visum. Aus Belarus wiederum machen sich die Menschen zu uns auf den Weg. Dessen Staatschef hatte bereits im Mai angekündigt, Flüchtlinge nicht mehr an der Weiterreise Richtung EU hindern zu wollen.

Es liegt somit auf der Hand, dass er das Leid der Menschen als Mittel in der Auseinandersetzung mit der EU instrumentalisiert, um beispielsweise die Kritik der EU an seiner Menschenrechtspolitik abzuwehren. Es ist nicht auszuschließen, dass es hier ein fatales Pass- und Flankenspiel mit dem türkischen Staatspräsidenten Erdoğan und dem russischen Präsidenten Putin gibt, die diesbezüglich auch in der Kritik stehen und ein Interesse daran haben dürften, die politischen Verhältnisse in der Europäischen Union und besonders in Deutschland zu destabilisieren. Hinzu kommt ein derzeit angespanntes deutsch-polnisches Verhältnis.

(Zuruf: Warum wohl?)

Daran wird deutlich, dass es sich um einen komplexen Sachverhalt handelt, der nicht mit einem Fingerschnippen gelöst werden kann - und mit der Inhaftierung von Menschen schon gar nicht.

Die AfD-Fraktion wäre gut beraten, diese Zusammenhänge zu erkennen, statt zum eigenen Vorteil zu zündeln. Die aktuelle Situation ist nicht mit der von 2015 vergleichbar, und ich bleibe dabei: Sie haben keine Lösung. Ihr Entschließungsantrag ist erst recht keine Lösung.

Unsere Fraktion ist jedenfalls nicht bereit, die europäische Errungenschaft des Schengener Abkommens, das offene Grenzen innerhalb der EU als Meilenstein der europäischen Einigung gesetzt hat, aufgrund einer temporär auftretenden Krisensituation aufzugeben. Und Sie glauben doch nicht ernsthaft, dass wir Ihrer Forderung nach täglichen Lageberichten zustimmen, die allein für die Mobilisierung Ihrer Anhängerschaft gedacht sind und keinen Mehrwert bedeuten. Nur nebenbei: Bei den Corona-Inzidenzzahlen haben Sie tägliche Berichte als unnötig erachtet.

Wie Sie eine 250 Kilometer lange Grenze zwischen Brandenburg und Polen mit eigenen Kräften durchgehend sichern wollen, müssen Sie uns auch einmal erklären; denn dafür wären Tausende Polizeibeamte notwendig. Fragen Sie bitte auch einmal Wirtschafts- und Sozialverbände, was sie von Grenzschließungen halten.

Punkt 3 Ihres Antrags fällt aus, weil Innenminister Seehofer dies dem polnischen Innenminister bereits vorgeschlagen, Polen es bisher aber abgelehnt hat.

In dieser Situation schlägt nach unserer Auffassung die Stunde der Außenpolitik. Gefragt sind jetzt keine „Polit-Drummer“, son-

dern die stille Diplomatie. Die EU muss jetzt ihre Handlungsfähigkeit auch dadurch unter Beweis stellen, dass sie bestehende Abkommen zur Anwendung bringt. Bis zu einer Lösung, die hoffentlich nicht allzu lange auf sich warten lässt, müssen Bund und Länder - so auch Brandenburg - selbstverständlich tun, was in ihrer Macht steht. Das hat Innenminister Stübgen nach unserer Einschätzung in der ersten Reaktion auf die steigende Zahl illegaler Grenzübertritte getan.

Es ist unser aller Aufgabe, die Situation im Blick zu behalten, sie mit Augenmaß einzuordnen und Vorschläge zu unterbreiten bzw. Entscheidungen zu treffen, die rechtlich zulässig und in der Praxis umsetzbar sind. Wir lehnen Ihren Entschließungsantrag deshalb ab. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Als Nächste spricht Frau Abgeordnete Schäffer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben die Bilder gesehen und die Berichte über das, was an der polnisch-belarussischen Grenze aktuell passiert, vernommen. Menschen in Not werden zu Spielbällen gemacht, Menschen, die am Rande des Verdurstens oder Erfrierens stehen, wird teils selbst die nötigste Hilfe vorenthalten. Es gibt glaubwürdige Berichte von illegalen Pushbacks und Gewalt.

Die EU darf nicht wegschauen und ignorieren, was an dieser Grenze gerade vor sich geht - wie sie es am Mittelmeer leider zu oft getan hat. Die am meisten betroffenen Länder - dazu gehört im Moment unter anderem Polen - müssen unterstützt werden. Gleichzeitig muss in der EU wirksam sichergestellt werden, dass Menschenrechte überall jederzeit gelten und eingehalten werden.

Eine der vordringlichsten Aufgaben der neuen Bundesregierung wird sein, eine gemeinsame sowie auf humanitären Werten und den universellen Menschenrechten basierende europäische Flüchtlingspolitik aufzubauen, denn die aktuelle Situation verletzt erstens Menschenrechte von Personen, die zu schützen wir verpflichtet wären, und schwächt zweitens die Europäische Union als Ganzes. - So weit in aller Kürze zur schwierigen geopolitischen Lage, an der wir aus dem Land Brandenburg heraus nur sehr begrenzt etwas ändern können.

Über die Forderungen der AfD müssen wir hier, glaube ich, nicht allzu ausführlich reden.

Die Grenze zu Polen zu schließen hätte gleichzeitig massive Auswirkungen auf Pendlerinnen und Pendler, den Warenverkehr und auf alle Menschen im Grenzgebiet, ohne dass dadurch auch nur ein einziger Mensch, der entschlossen ist und für den es um Leben und Tod geht, aufgehalten würde. Dass Sie hier so tun, als würden Sie sich ausgerechnet mit dieser Maßnahme an die Seite Polens stellen, ist, gelinde gesagt, absurd. Ihre Vorschläge sind - wie so häufig in diesem Haus - menschenfeindlich, schädlich und dabei sogar nach Ihren eigenen Maßstäben nutzlos, liebe AfD.

Worüber wir hier stattdessen reden sollten, ist die Frage, was Brandenburg abseits von geopolitischen Forderungen tun kann

und tun muss. Unsere vordringlichste Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Menschen, die hier ankommen, gut untergebracht werden, erst einmal zur Ruhe kommen und es dann ein rechtsstaatliches, ordentliches Verfahren gibt. Unsere Aufgabe ist es auch, dafür zu sorgen, dass die Belastungen insbesondere für die Menschen, die im Grenzgebiet wohnen, möglichst gering gehalten werden; denn natürlich gibt es aufgrund der aktuellen Situation Verunsicherung. Unser Anspruch ist und muss es sein, dem entschieden entgegenzutreten, und zwar mit guter Organisation bei der Bewältigung der Herausforderungen sowie mit Dialog und Kommunikation.

Selbstverständlich gelten weiterhin zu jedem Zeitpunkt die Grundsätze unseres Rechtsstaates. Wenn rechtsextreme Gruppierungen glauben, sie könnten ihr vermeintliches Recht in die eigene Hand nehmen und an der deutsch-polnischen Grenze Menschenjagden veranstalten, muss und wird dem mit aller Entschiedenheit Einhalt geboten werden. Milizen, die Menschen in Notsituationen terrorisieren, werden wir in Brandenburg niemals dulden, und wir werden mit allen Mitteln des Rechtsstaates und der Zivilgesellschaft gegen diejenigen vorgehen, die Hass und Gewalt in unserem Land säen wollen.

Unsere vordringlichste Aufgabe für den Moment ist es, das erste Ankommen gut zu organisieren. Das stellt insbesondere die Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt vor erhebliche Herausforderungen. Ich bin sehr beeindruckt davon, in welchem Tempo dort die notwendigen Kapazitäten geschaffen wurden, um eine funktionierende Erstaufnahme zu sichern. Ich konnte mich vor Ort von den Anstrengungen überzeugen und möchte mich für das, was dort geleistet wird, an dieser Stelle ganz herzlich bedanken!

Als Nächstes muss für diejenigen, die erst einmal in Brandenburg bleiben werden, eine gute Unterbringung in den Landkreisen gesichert werden. Auch das wird eine große Herausforderung. Wir wissen, dass viele von denen, die jetzt ankommen, aufgrund der Lage in den Herkunftsländern für längere Zeit hierbleiben werden. Deshalb sind eine gute Unterbringung und die Integration vor Ort für unser gutes Zusammenleben in Brandenburg besonders wichtig. Wir werden besondere gemeinsame Anstrengungen unternehmen müssen, um den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken und die Integration vor Ort gelingen zu lassen.

Meine Damen und Herren, ja, die Situation ist eine große Herausforderung für das Land. Aber sie lässt sich bewältigen, wenn wir sie gemeinsam zügig angehen. Genau dafür werden wir Bündnisgrünen uns mit allem Nachdruck einsetzen. Ich bin auch an dieser Stelle sehr dankbar dafür, dass es bei uns eine starke Zivilgesellschaft gibt, die immer wieder über sich hinauswächst und auch in einer solch herausfordernden Situation einen unschätzbaren Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft leistet.

Meine Damen und Herren, den Antrag der AfD, der nichts tut, außer wieder einmal aktuelle Ereignisse zu nutzen, um Spaltung und Hass zu verbreiten, lehnen wir selbstverständlich ab. - Vielen Dank.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Stübgen. Bitte.

Minister des Innern und für Kommunales Stübgen:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Juni dieses Jahres hat der belarussische Machthaber Lukaschenko die Wahlen in seinem Land gefälscht. Das offiziell verkündete Wahlergebnis lautete, dass sich ca. 70 % der Bevölkerung für Lukaschenko ausgesprochen hätten. Gerade wir hier in Ostdeutschland können uns noch an vergleichbare Wahlergebnisse erinnern.

(Zuruf: Ja, die letzte Wahl!)

Als die Bürgerinnen und Bürger in Belarus gegen das Ergebnis dieser Scheinwahl auf den Straßen von Minsk, Brest und anderswo protestierten, ließ Lukaschenko seine Schlägertruppen brutal auf sie losgehen. Auch das kennen wir in Ostdeutschland aus der Zeit vor 1990.

Die Europäische Union mischt sich nicht in Angelegenheiten von Drittstaaten ein. Aber: Die Europäische Union entscheidet darüber, wie sie auf Menschenrechtsverletzungen in Drittstaaten reagiert. Man kann - ich habe in der Tat eine sehr kritische Haltung dazu - in aller Grundsätzlichkeit über Sinn und Erfolgchancen von Sanktionen streiten. Fest steht aber, dass sich die Europäische Union für dieses Mittel der Wahl entschieden hat, um auf die massiven Menschenrechtsverletzungen in Belarus zu reagieren.

Als Reaktion auf die Sanktionen, welche die EU gegen Belarus verhängte, entschied sich Lukaschenko, die Visapflicht für Bürger aus mehr als 100 Ländern - im Mittleren und Nahen Osten sowie Afrika - auszusetzen. Er entschied sich, Charterflüge zu organisieren, die Menschen aus dem Irak und anderen Staaten nach Belarus bringen. Er entschied sich, diese Menschen zu Asylsuchenden zu machen und sie als Waffe in einer hybriden Kriegsführung gegen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einzusetzen. Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Alexander Lukaschenko fliegt Menschen unter Vortäuschung falscher Tatsachen nach Belarus und eskortiert sie an die EU-Außengrenze. Diese Außengrenze wird von den Regierungen in Riga, Vilnius und Warschau mit massivem Aufwand geschützt. Wenn die von Lukaschenko instrumentalisierten Opfer dies bemerken, ist es für sie jedoch zu spät, denn die belarussischen Sicherheitskräfte lassen sie nicht mehr zurück. Sobald die Asylsuchenden den polnischen, lettischen oder litauischen Boden betreten haben, hat Lukaschenko sein Ziel erreicht.

Infolge dieser Machenschaften steigt seit August die Zahl der Asylsuchenden, die in Brandenburg einen Asylantrag stellen, exponentiell an. Während der ersten Wochen kamen vor allem allein stehende Iraker zu uns. Inzwischen kommen auch Angehörige anderer Staaten, darunter Frauen und Kinder, in Brandenburg an. Das ist ein deutliches Indiz dafür, dass wir es mit einer zunehmenden Kommerzialisierung dieser Fluchtroute zu tun haben.

Allein im Zeitraum vom 1. August bis zum 25. Oktober wurden 3 961 Asylsuchende, die über die Belarus-Route gekommen sind, in der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt aufgenommen, 2 454 von ihnen allein im Oktober. Insgesamt verzeichnete die ZABH im Zeitraum vom 1. bis zum 25. Oktober 2 670 Neuzugänge. Ich wiederhole: 2 454 von ihnen kamen aus Belarus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was haben wir bisher unternommen, um dieser Situation, die eine noch nie da gewese-

sene Dimension hybrider Kriegsführung darstellt, Herr zu werden? Wir sind bereits im Juli auf das Problem an der Grenze zu Polen aufmerksam geworden. Im August haben wir begonnen, die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtung zu erhöhen.

Im Übrigen zu der in Ihrem Antrag formulierten Behauptung, das habe die politische Seite einschließlich meiner Person bis zur Bundestagswahl vertuscht: Ich kann Ihnen nachweisen, dass ich schon im August öffentlich dazu Stellung genommen habe - in der Tat nicht mit riesengroßer Resonanz in den Medien, aber der RBB hat darüber berichtet. Ich will aber dazusagen: Damals im August waren die Zahlen noch nicht so bedrohlich. Ich wusste allerdings, weil ich die Strukturen mittlerweile kannte, dass die Zahlen laut Prognose bedrohlich werden würden.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich dem Personal der Erstaufnahmeeinrichtung und der Hilfsorganisationen für ihren unermüdlichen Einsatz danken. Sie tun alles, was in ihrer Macht steht, um die Asylsuchenden auf menschenwürdige Art und Weise unterzubringen. Sie gewährleisten Ordnung und Sicherheit und stellen sicher, dass die humanitären Standards eingehalten werden. Dies alles tun sie seit dem sprunghaften Anstieg des Asylgeschehens im August in unzähligen Überstunden und Zusatzschichten. Dafür verdienen sie unseren Dank und unseren großen Respekt.

Um die Situation an der Grenze auch weiterhin unter Kontrolle zu halten, habe ich mich in den zurückliegenden Tagen und Wochen immer wieder mit Bundesinnenminister Horst Seehofer ausgetauscht. Ich danke dem Bundesinnenminister für seine tatkräftige Unterstützung. Auf seine Veranlassung hin wurden acht Hundertschaften der Bundespolizei, Hubschrauber mit Wärmebildkameras und Pferdestaffeln in das Grenzgebiet verlegt; sie sorgen dort für Ordnung und Sicherheit.

Besonders wichtig ist für mich, dass Brandenburg ab November, also ab nächster Woche, das sogenannte Rosenheimer Modell einsetzen kann. Das bedeutet, dass die Bundespolizei die ZABH dabei unterstützen wird, die Asylsuchenden gemäß dem Königsteiner Schlüssel direkt auf andere Bundesländer zu verteilen. Das wird unmittelbar zur Entspannung und Normalisierung der Situation in Brandenburg führen.

Die Gespräche mit Horst Seehofer haben darüber hinaus ergeben, dass stationäre Grenzkontrollen, wie sie seit mehreren Jahren an der Grenze zu Österreich stattfinden - sie sind gerade wieder verlängert worden - und nach dem Schengenregime auch möglich sind, auch an der Grenze zu Polen zeitlich befristet eingeführt werden können, wenn es die Umstände erzwingen und die zukünftige Bundesregierung dies beschließt.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang ausdrücklich vor einer politischen Eskalationsspirale warnen, die im Ergebnis zu Grenzsicherungen führen würde. Wenn wir einseitig anfangen, die Grenze zu Polen zu schließen, werden im Gegenzug die Polen die Grenze zu uns schließen; das ist die normale Eskalationsspirale. Die Auswirkungen würden nicht nur den Pendlerverkehr, das Gesundheitswesen in Brandenburg, Alten- und Pflegeheime, familiäre Beziehungen, sondern auch - und wir kennen das von vor anderthalb Jahren - die Logistikbranche und kleine und mittlere Unternehmen durch 50 Kilometer und mehr Lkw-Rückstau auf unseren Autobahnen belasten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Personenfreizügigkeit im Schengenraum darf Lukaschenkos Erpressungsver such nicht zum Opfer fallen. Wir dürfen die Freiheit Europas nicht preisgeben. Was müssen wir tun, damit die von Lukaschenko

herbeigeführte Situation nicht zu einer gesamteuropäischen Krise wird?

Erstens. Das Problem sind nicht die Asylsuchenden, die zu uns kommen; das Problem sitzt in Minsk. Es ist deshalb vor allem eine diplomatische Herausforderung. Die Europäische Union ist deshalb genauso in der Pflicht wie die Bundesregierung, vor allem auch die zukünftige, neue Bundesregierung. Darüber hinaus bin ich der festen Überzeugung, dass die Lösung des Problems in Moskau liegt.

Zweitens. Wir dürfen Lettland, Litauen und Polen in dieser Situation nicht im Stich lassen. Wir müssen diese Länder dabei unterstützen, geordnete Asylverfahren durchzuführen. Ich würde es in diesem Zusammenhang außerordentlich begrüßen, wenn die polnische Regierung ihre bisherige Entscheidung überdachte und die europäische Grenzschutzagentur Frontex - eine professionelle Organisation, die vor einigen Jahren in Griechenland und Bulgarien mit vergleichbaren Vorgängen befasst war - in den Schutz ihrer Grenzen zu Belarus einbezöge, wie Litauen und Lettland das schon getan haben.

Auch ich bin der festen Überzeugung, dass es zum Vorteil aller wäre, wenn Teams aus deutschen und polnischen Grenzschützern auf der polnischen Seite patrouillieren würden. Auf diese Weise ließen sich Kompetenzen bündeln und Abläufe effizienter gestalten.

Drittens. Um die Länder Litauen, Lettland und Polen effektiv unterstützen zu können, benötigen wir ein gut funktionierendes Relocation-Programm, wie es nach dem Brand in Moria in Griechenland umgesetzt wurde. Es ist notwendig, Asylsuchende, die in den drei Ländern ihren Antrag auf Asyl stellen, auf andere EU-Mitgliedsstaaten zu verteilen; das ist die Idee des europäischen Zusammenhalts.

Es ist aber auch wichtig, dass die Menschen, die zu uns kommen, um hier Asyl zu suchen, human und nach geltendem Recht behandelt werden.

Das Gegenteil dessen geschieht, wenn durch rechtspopulistische und rechtsextreme Stimmungsmache aufgewiegelte, mit Bajonetten und Macheten ausgerüstete Neonazis nachts bei Guben durch den Wald irren, um dort Selbstjustiz zu üben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gegen derartige Umtriebe werden wir uns mit aller Macht zu Wehr setzen.

(Zuruf: Jajaja!)

Unsere Polizei ist darauf gut vorbereitet, sie wird auch weiterhin jegliche Versuche dieser Art rigoros unterbinden.

Wer zu uns kommt, um Asyl zu suchen, hat das Recht, menschlich behandelt zu werden, und er wird menschlich behandelt werden. Das impliziert auch, dass der Anspruch auf Asyl mit rechtsstaatlichen Mitteln geprüft wird.

Wahr ist aber auch, dass die Anerkennungsquote von Asylsuchenden beispielsweise aus dem Irak - bisher noch die höchste Herkunftslandquote der Belarus-Route - bei ungefähr einem Drittel liegt.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister des Innern und für Kommunales Stübgen:

Bitte.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Bitte schön, Herr Abgeordneter Freiherr von Lützow.

Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD):*

Vielen Dank, Herr Minister. Sie haben ja gerade über die Asylzahlen geredet. Sie haben berichtet, dass wir mittlerweile die doppelte Anzahl an vollziehbar Ausreisepflichtigen im Vergleich zum letzten Jahr haben. Das nimmt ja nun kein Ende. Laut Ihrer Aussage können wir diese Leute, wie gesagt, auch nicht mehr abschieben. Vor allen Dingen auch die straffällig Gewordenen, die wir wieder bei uns zurückhaben, können wir ja nicht mehr abschieben. Wie soll es dann aber nach Ihrer Ansicht weitergehen? Das verstehe ich jetzt nicht, was Sie hier sagen. Wir reden hier über Frontex. Frontex ist eine europäische Organisation. Sie haben auch über das Schengener Abkommen geredet.

(Zurufe - Unruhe)

- Ja, ich frage ja gerade, Entschuldigung.

Aber keiner redet über das Dublin-Abkommen, das bei all dem nämlich nicht eingehalten wird. Dazu würde ich gerne einmal Ihre Meinung hören. - Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Herr Minister, bitte.

Minister des Innern und für Kommunales Stübgen:

Danke schön für die Frage. Exakt darauf wollte ich gerade eingehen, Sie hätten nur noch eine Sekunde warten müssen.

Ich will wiederholen: Wahr ist auch, dass die Anerkennungsquote von Asylsuchenden - beispielsweise aus dem Irak - bei etwa einem Drittel liegt, bei allein reisenden Männern noch deutlich niedriger. Es gehört damit auch zu unseren Aufgaben, Wege zu finden, wie wir mit denjenigen umgehen, denen wir keinen Asylstatus zuerkennen können. Dies wird nach meiner Meinung eine der schwierigsten Aufgaben der zukünftigen Ampelkoalition werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir hier in Brandenburg auf Landesebene leisten können, ist kaum mehr, als einerseits Symptome zu bekämpfen und andererseits auf Missstände hinzuweisen. Das Problem, dem wir uns derzeit gegenübersehen, ist vorzüglich ein außenpolitisches Problem. Wir werden dieses Problem aber nur durch gemeinsame Lösungsstrategien auf Bundes- und auch auf europäischer Ebene bewältigen können. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Laut unserer Redeliste hat jetzt der Abgeordnete Dr. Berndt das Wort. Die Landesregierung hat aber ihre Redezeit enorm überschritten. Ich nenne Ihnen die Zeiten, die zur Verfügung stehen, falls Sie sie nutzen möchten: AfD-Fraktion 6:11 Minuten, SPD-

Fraktion 4 Minuten, CDU-Fraktion 6 Minuten, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 7 Minuten, Fraktion DIE LINKE 4 Minuten, BVB / FREIE WÄHLER Fraktion 4,5 Minuten.

Herr Dr. Berndt ... Das war jetzt zu spät, das war deutlich zu spät. Das war schon die Schlussfloskel, da kann ich keine Zwischenfrage mehr zulassen. - Herr Abgeordneter Dr. Berndt, bitte schön.

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte war ähnlich, wie es zu erwarten war. Sie reagieren mit den üblichen Verhaltensweisen auf Kritik an Ihrer Migrationspolitik: Sie lenken ab, Sie erklären die Kritiker zu Angsthäsen oder zu Menschenfeinden und Sie erhöhen Ihre Positionen moralisch.

Ihre Migrationspolitik, sehr geehrte Damen und Herren, ist nicht moralisch, sie ist bestenfalls Ideologie in Form von Moralismus. Und dieser Moralismus ist erstens ratlos - das haben auch die Ausführungen des Innenministers eben gezeigt. Ich frage mich wirklich, wie Sie annehmen können, dass die Migration, wenn Sie die Migranten aus der Grenzregion deutschlandweit verteilen, damit in irgendeiner Weise begrenzt wird. Das Gegenteil ist der Fall: Das ist ein Katalysator für weitere illegale Migration.

Ihr Moralismus in der Migrationspolitik und Ihre Vorwürfe gegen die Kritiker sind billig und unaufrichtig. Sie wollen uns verbieten, zwischen Eigeninteressen und Interessen im Ausland zu unterscheiden. Sie wollen uns verbieten, zwischen innen und außen, zwischen fremd und eigen zu unterscheiden, und erklären das für moralisch verwerflich. Aber Sie, wenn es um Ihre Interessen, Ihre persönlichen Interessen, Ihre Gruppeninteressen geht, unterscheiden immer zwischen fremd und eigen, zwischen innen und außen.

Sie, Frau Gossmann-Reetz, sorgen dafür, dass die AfD nicht in das von Ihnen geleitete Gremium, die PKK, kommt. Niemand von Ihnen macht seine Kontodaten öffentlich, damit Menschen, die weniger Einkommen haben, daran partizipieren können. Hören also Sie mit dieser moralistischen Kritik auf! Auch Herr Stübgen stellt sein Segelboot nicht jedermann, der Urlaub machen will, zur Verfügung - das ist auch völlig in Ordnung. Aber hören Sie mit diesem falschen Moralismus auf!

Ihr Moralismus ist im Übrigen ganz und gar

(Zuruf: Moralismus ist besser als Rassismus!)

- ja, das ist der typische Moralismus - unverantwortlich, denn: Sehr geehrte Damen und Herren, unter dem Verlust an innerer Sicherheit und innerem Frieden, der längst als Folge Ihrer Migrationspolitik überall im Land spürbar ist, leiden die Menschen, für die Sie, wir alle hier, Verantwortung tragen. Sie sind Volksvertreter - ich frage mich, ob Ihnen das überhaupt noch bewusst ist - und haben die Interessen des Volkes zu vertreten!

Und: Dieser Moralismus, mit dem Sie Migrationspolitik betreiben, ist durch und durch zerstörerisch. Es hat sich längst erwiesen, dass diese Migration über Jahre ein Angriff auf die europäischen Nationalstaaten im Allgemeinen und den deutschen Nationalstaat im Besonderen ist. Unsere Nachbarn - Ungarn, Polen, die baltischen Staaten, übrigens auch Dänemark - haben das verstanden; sie schützen ihre Grenzen. Sie haben es nicht gelernt.

Aber: Der Ministerpräsident in Sachsen, Kretschmer, fordert Zäune und Mauern gegen den Migrantendrang. Er hat immerhin ansatzweise begriffen, worum es geht - Sie offensichtlich nicht!

(Zuruf)

- Natürlich! Genau das, was wir gefordert haben: konsequenter Schutz an der Außengrenze, Herr Redmann. - Den gibt es eben nicht!

Schließlich, sehr geehrte Damen und Herren ...

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Dr. Berndt?

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Von Frau Kniestedt?

(Heiterkeit)

Frau Kniestedt, fragen Sie, machen Sie.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Frau Abgeordnete Kniestedt, bitte schön.

Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE):*

Ja, ich habe - bezogen auf Ihre Worte - jetzt eine definitorische Frage. Ich habe mal kurz nachgeschlagen. Moralismus bedeutet: Haltung, die die Moral als verbindliche Grundlage des zwischenmenschlichen Verhaltens anerkennt. - Was genau haben Sie dagegen?

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD):

Frau Kniestedt, Sie sind doch eine Expertin für Sprache, Sie haben das doch entsprechend studiert. Sie wissen doch, dass das Wort „Moralismus“ einen abwertenden Klang hat. Oder ist Ihnen das nicht bewusst? Ich habe gedacht, Sie hätten so viel Sprachgefühl, um das Wort „Moralismus“ richtig einzuordnen. Ich sage es Ihnen noch einmal: Moralismus ist ein abwertendes Wort.

Wir halten fest: Mit Moralismus sind die Probleme nicht zu lösen, Sie verschlimmern sie nur.

Ich halte auch fest: Anscheinend hat sich kaum jemand von Ihnen die Mühe gemacht, unseren Entschließungsantrag gründlich zu lesen. Mit unserem Entschließungsantrag hätten Sie ein Programm gehabt, wie man die Probleme bewältigen kann.

(Zurufe: Oh!)

Sie sind darauf nicht eingegangen - das überrascht uns nicht.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Danke schön. - Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der geplanten Debatte, und ich frage jetzt, ob die Fraktionen noch Redezeit in Anspruch nehmen möchten: Die SPD? - Nein. - Die Linken? - Nein. - Die CDU-Fraktion? - Auch nicht. - BVB/Freie Wähler? - Auch nicht. - Die Grünen? - Auch nicht.

Dann kommen wir zur Abstimmung: Uns liegt ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion - sie hat namentliche Abstimmung beantragt - mit dem Titel „Durchgehende Grenzkontrollen durchführen, illegale Migration konsequent bekämpfen“ auf Drucksache 7/4420 vor. Ich darf die Schriftführer bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Wahlhandlung)

Vielen Dank. - Hat jeder seine Stimme abgeben können? - Dann bitte ich die Schriftführer um die Auszählung der Stimmen.

Gestatten Sie mir eine kleine Anmerkung: Wir stimmen ab mit „Ja“ oder „Nein“ oder „Enthaltung“, und nichts anderes. - Bitte schön.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis liegt vor: Bei der Abstimmung haben 19 Abgeordnete mit Ja gestimmt, 37 mit Nein; kein Abgeordneter hat sich enthalten.¹ Damit ist der Entschließungsantrag ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 16)

Ich danke Ihnen. Ich schließe die 53. Plenarsitzung und wünsche Ihnen noch eine gute Woche.

Ende der Sitzung: 9.26 Uhr

¹ Aufgrund eines Übermittlungsfehlers zwischen den Schriftführern und der Präsidentin wurde eine falsche Neinstimmen-Zahl genannt. Tatsächlich wurden 38 Neinstimmen abgegeben. - Die Verwaltung.

Anlagen**Ergebnis der namentlichen Abstimmung****Zu TOP 1:**

- Aussprache des Landtages über die dramatisch wachsende illegale Migration im brandenburgischen Abschnitt der deutsch-polnischen Grenze und die Ablehnung von durchgehenden Grenzkontrollen durch Innenminister Michael Stübgen - Beratungsgegenstand der AfD-Fraktion
- Entschließungsantrag der AfD-Fraktion - Drucksache 7/4420 vom 26.10.2021

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)
 Frau Abg. Bessin (AfD)
 Herr Abg. Drenske (AfD)
 Frau Abg. Duggen (AfD)
 Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD)
 Herr Abg. Günther (AfD)
 Herr Abg. Hanko (AfD)
 Herr Abg. Hohloch (AfD)
 Herr Abg. Hooge (AfD)
 Herr Abg. Hünich (AfD)
 Herr Abg. John (AfD)
 Herr Abg. Kubitzki (AfD)
 Herr Abg. Möller (AfD)
 Herr Abg. Münschke (AfD)
 Frau Abg. Muxel (AfD)
 Herr Abg. Nothing (AfD)
 Herr Abg. Schieske (AfD)
 Frau Abg. Spring-Räumschüssel (AfD)
 Herr Abg. Teichner (AfD)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Herr Abg. Baaske (SPD)
 Herr Abg. Barthel (SPD)
 Frau Abg. Block (DIE LINKE)
 Herr Abg. Bommert (CDU)
 Herr Abg. Bretz (CDU)
 Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Büttner (DIE LINKE)
 Herr Abg. Domres (DIE LINKE)
 Herr Abg. Eichelbaum (CDU)
 Frau Abg. Fortunato (DIE LINKE)
 Herr Abg. Funke (SPD)
 Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)
 Herr Abg. Hoffmann (CDU)
 Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)
 Herr Abg. Keller (SPD)
 Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)
 Herr Abg. Lakenmacher (CDU)
 Frau Abg. Lange (SPD)
 Frau Abg. Prof. Dr. Liedtke (SPD)
 Herr Abg. Lüttmann (SPD)
 Frau Abg. Nicklisch (BVB/FW)
 Herr Abg. Noack (SPD)
 Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
 Frau Abg. Richstein (CDU)
 Herr Abg. Rostock (B90/GRÜNE)
 Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)
 Herr Abg. Scheetz (SPD)
 Herr Abg. Stefke (BVB/FW)
 Frau Abg. Vandre (DIE LINKE)
 Herr Abg. Vida (BVB/FW)
 Herr Abg. Vogelsänger (SPD)
 Herr Abg. Walter (DIE LINKE)
 Frau Abg. Walter-Mundt (CDU)
 Herr Abg. Wernitz (SPD)
 Herr Abg. Dr. Woidke (SPD)
 Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW)

Anwesenheitsliste

Herr Abg. Baaske (SPD)
Herr Abg. Barthel (SPD)
Herr Abg. Dr. Berndt (AfD)
Frau Abg. Bessin (AfD)
Frau Abg. Block (DIE LINKE)
Herr Abg. Bommert (CDU)
Herr Abg. Bretz (CDU)
Frau Abg. Petra Budke (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Büttner (DIE LINKE)
Herr Abg. Domres (DIE LINKE)
Herr Abg. Drenske (AfD)
Frau Abg. Duggen (AfD)
Herr Abg. Eichelbaum (CDU)
Frau Abg. Fortunato (DIE LINKE)
Herr Abg. Freiherr von Lützow (AfD)
Herr Abg. Funke (SPD)
Frau Abg. Gossmann-Reetz (SPD)
Herr Abg. Günther (AfD)
Herr Abg. Hanko (AfD)
Herr Abg. Hoffmann (CDU)
Herr Abg. Hohloch (AfD)
Herr Abg. Hooge (AfD)
Herr Abg. Hünich (AfD)
Frau Abg. Johlige (DIE LINKE)
Herr Abg. John (AfD)
Herr Abg. Keller (SPD)
Frau Abg. Kniestedt (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Kretschmer (DIE LINKE)
Herr Abg. Kubitzki (AfD)
Herr Abg. Lakenmacher (CDU)
Frau Abg. Lange (SPD)
Frau Abg. Prof. Dr. Liedtke (SPD)
Herr Abg. Lüttmann (SPD)
Herr Abg. Möller (AfD)
Herr Abg. Münschke (AfD)
Frau Abg. Muxel (AfD)
Frau Abg. Nicklisch (BVB/FW)
Herr Abg. Noack (SPD)
Herr Abg. Nothing (AfD)
Herr Abg. Raschke (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Dr. Redmann (CDU)
Frau Abg. Richstein (CDU)
Herr Abg. Rostock (B90/GRÜNE)
Frau Abg. Schäffer (B90/GRÜNE)
Herr Abg. Scheetz (SPD)
Herr Abg. Schieske (AfD)
Frau Abg. Spring-Räumschüssel (AfD)
Herr Abg. Stefke (BVB/FW)
Herr Abg. Teichner (AfD)
Frau Abg. Vandre (DIE LINKE)
Herr Abg. Vida (BVB/FW)
Herr Abg. Vogelsänger (SPD)
Herr Abg. Walter (DIE LINKE)
Frau Abg. Walter-Mundt (CDU)
Herr Abg. Wernitz (SPD)
Herr Abg. Dr. Woidke (SPD)
Herr Abg. Dr. Zeschmann (BVB/FW)